

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Jetzt packen wir in Europa das Problem an der Wurzel

Gipfelbeschlüsse sind wichtiger Meilenstein

Die Bundeskanzlerin hat auf dem jüngsten EU-Gipfel in Brüssel sehr viel erreicht. Die EU-Mitgliedsländer müssen Schuldenbremsen nach unserem Vorbild einführen. Bei Verstößen gegen das Gebot der seriösen Haushaltspolitik drohen automatische Sanktionen. Das sind aber nur die Instrumente. Wichtiger ist noch: Die Stabilitätskultur, der wir uns gerade in Deutschland verschrieben haben, ist nun überwölbendes Ziel auf unserem Kontinent. Das ist der eigentliche Fortschritt der vergangenen Woche.

Die Ursache für die Schuldenkrise in Europa wird jetzt angepackt, wie es die Union immer wieder gefordert hat. Andere Wirtschaftsregionen der Welt sollten sich daran ein Beispiel nehmen. Dabei müssen wir uns aber immer bewusst sein, dass auch dieser Gipfel nur eine Etappe auf dem langen Weg zur Stabilisierung des Euro ist.

„Britten bleiben unser Partner“

Dass Großbritannien bei dem vereinbarten Vertrag momentan nicht mitmachen will, ist bedauerlich. Aber eine Lockerung der Regeln für die Banken als Gegenleistung für eine Zustimmung zur neuen Stabilitätskultur, wie London sie forderte, konnte nur strikt abgelehnt werden. Denn auch die heutige Krise hat letztlich ihre Wurzeln im Casino-Kapitalismus, der 2008 zur Banken- und Wirtschaftskrise führte. Dieser Casino-Kapitalismus darf sich nicht wieder breitmachen. Das muss auch der britische Premierminister David Cameron verstehen.

Die Briten bleiben trotz ihres Neins in der EU. Sie sind weiter unser Partner. Wir sollten sie überzeugen, wieder in den Kreis der anderen zurückzukehren und sich ebenfalls der Stabilitätskultur zu verpflichten. Die Tür für Großbritannien bleibt von unserer Seite aus offen. Allerdings sollten sich die Briten einen Ruck geben und wieder auf uns zukommen. Dabei muss ihnen klar sein: Europa ist keine



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Gemeinschaft, in der man nur auf seinen nationalen Vorteil bedacht sein kann.

Ereignisreiches Jahr liegt hinter uns

Dieses Jahr 2011 stand sicher im Zeichen der europäischen Schuldenkrise. Wir haben aber auch andere wegweisende Beschlüsse getroffen. Ich denke nur an die Entscheidung für eine neue Energiepolitik oder auch die Hartz-IV-Reform. Wir haben uns als Fraktion den Herausforderungen der Zeit gestellt und Antworten gegeben. Deutschland steht auch dadurch gut da. Darauf können wir stolz sein. Ich wünsche allen Lesern gesegnete Weihnachten und ein gutes Jahr 2012.

Volker Kauder

Inhalt

Jetzt packen wir in Europa das Problem an der Wurzel	1
Das Paket von Brüssel trägt die Handschrift der Kanzlerin	2
Europa unwiderruflich auf dem Weg zur Stabilitätsunion	3
Stabilität, Haushaltsdisziplin und Wachstum	4
Die Weichen für den Abzug aus Afghanistan sind gestellt	5
Fahrplan für den Klimaschutz	6
Das Modell der „gelenkten Demokratie“ vor dem Aus	7
Rahmenbedingungen für Mediation werden gestärkt	7
Der demographische Wandel – eine Jahrhundertherausforderung	8
Kauft deutsche Staatsanleihen!	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

Telefon (030) 227 53015
Telefax (030) 227 56660
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Das Paket von Brüssel trägt die Handschrift der Kanzlerin

Aus der Wirtschafts- und Währungsunion wird eine Fiskalunion



Gerda Hasselfeldt
Erste Stellvertretende Vorsitzende

Die Staatsschuldenkrise in Europa ist nicht über Nacht entstanden. Sie lässt sich auch nicht von einem Tag auf den anderen beheben. Ihre Wurzeln sind vielfältig – wobei vor allem von der Verwässerung des europäischen Stabilitätspakts unter der Regierungsverantwortung von Rot-Grün eine außerordentlich fatale Wirkung ausging.

Für eine echte Stabilitätskultur

Im Mittelpunkt der Bewältigung der Krise stehen bilaterale Kredithilfen sowie ein Rettungsschirm, der im kommenden Jahr in einen dauerhaften Stabilitätsmechanismus münden wird. Mit diesen Hilfen ist es bislang gelungen, die Zahlungsfähigkeit der Krisenstaaten sicherzustellen und drohende Ansteckungs- und Dominoeffekte zu verhindern. Trotz unverkennbarer Spannungen auf dem Geldmarkt haben diese Maßnahmen dazu beigetragen, die Finanzmärkte zu stabilisieren. Sie reichen jedoch nicht aus, um die Märkte dauerhaft zu beruhigen.

Der jüngste EU-Gipfel am 8. und 9. Dezember 2011 in Brüssel hat einen entscheidenden Schritt getan, um die europäische Integration zu vertiefen. Die Wirtschafts- und Währungsunion wird um eine Fiskalunion erweitert. Alle Staaten verpflichten sich, eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild einzuführen. Wer die Vorgaben des Stabilitätspakts im Hinblick auf die Defizitquote einerseits und die Gesamtverschuldungsquote andererseits nicht einhält, den treffen künftig die sanktionsbewehrten Durchgriffsrechte der europäischen Ebene. Der Automatismus bei der Verhängung von Sanktionen wird ausgeweitet. Mit diesen Beschlüssen schaffen wir die Basis für eine echte Stabilitätskultur in Europa. Es muss nun alles getan werden, um die Beschlüsse möglichst schnell umzusetzen.

Das Tor für die Briten bleibt offen

Das Paket von Brüssel trägt die Handschrift von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie hat einmal mehr ihre Führungsstärke unter Beweis gestellt und ist ihrer europapolitischen Verantwortung gerecht geworden. Deutschland und Frankreich haben sich erneut als Motor der europäischen Integration erwiesen.

Es ist bedauerlich, dass sich Großbritannien auf dem Gipfel selbst isoliert hat. Die Beschlüsse können nicht über eine Änderung der EU-Verträge, sondern müssen über einen völkerrechtlichen Vertrag umgesetzt werden. Das Tor für die Briten bleibt jedoch offen. Wir brauchen ihre Mitarbeit in der Europäischen Union: Nur ein mit einer Stimme sprechendes Europa kann sein ganzes Gewicht auf der weltpolitischen Bühne in die Waagschale legen.

Europa unwiderruflich auf dem Weg zur Stabilitätsunion

Merkel erläutert vor dem Bundestag die Beschlüsse des EU-Gipfels – Bedauern über ablehnende Haltung Großbritanniens

Europa ist nach Einschätzung von Bundeskanzlerin Angela Merkel unwiderruflich auf dem Weg zu einer Stabilitätsunion. Merkel erläuterte am vergangenen Mittwoch in einer Regierungserklärung dem Bundestag die Beschlüsse des EU-Gipfels, der weitreichende vertragliche Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa beschlossen hatte. Bis März 2012 soll ein zwischenstaatlicher Vertrag ausgearbeitet sein, mit dem die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beseitigt werden, die in die Schuldenkrise geführt haben. Merkel betonte, dass ihr eine Änderung der EU-Verträge lieber gewesen wäre, doch sei dies an dem Veto Großbritanniens gescheitert.

Mit den Gipfelbeschlüssen sei „der Weg zu einer Stabilitätsunion noch lange nicht abgeschlossen“, sagte die Kanzlerin. Der Weg „wurde eingeschlagen, und wie ich glaube, unwiderruflich“, unterstrich Merkel. Dies sei noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen. „Wir reden nicht mehr nur über eine Fiskalunion, sondern wir haben angefangen, sie zu schaffen.“ Diese Fiskalunion beruhe auf drei Säulen: der nationalen Eigenverantwortung, der Solidarität der europäischen Partner und der Vorsorge für die Zukunft, mit der neues Vertrauen in die Haushaltsdisziplin der Euro-Zone geschaffen werde. Zu den Beschlüssen des Gipfels gehören die Einführung von Schuldenbremsen in den Euro-Mitgliedsländern sowie automatische Sanktionen bei der Verletzung der Defizit- und Schuldenkriterien.

Merkel äußerte Bedauern darüber, dass Großbritannien die Beschlüsse des Gipfels nicht mittragen wollte. Es stehe aber „außer Zweifel, dass Großbritannien auch in Zukunft ein wichtiger Partner in der EU sein wird“ – etwa wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit der EU, den Binnenmarkt, den Handel und den Klimaschutz gehe. Großbritannien habe außerdem



Bundeskanzlerin Angela Merkel im Plenum

Foto: Markus Hammes

ein eigenes vitales Interesse daran, dass die Euro-Zone ihre Schuldenkrise überwinde, sagte die Kanzlerin.

Der britische Premierminister David Cameron hatte unter anderem im Gezug für seine Zustimmung zu einer Änderung der EU-Verträge verlangt, dass sein Land von den Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte ausgenommen werde. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder kritisierte diese Haltung im Bundestag scharf. „Die Stabilität des Euro mit noch wilder ausufernden

Euro-Bonds beschlossen hat, die eine gesamtschuldnerische Haftung der Euro-Mitgliedstaaten bedeuten würden. Dies wäre eine schnelle Lösung, die aber nicht an die Wurzel des Problems gehe. Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle, bezeichnete die Euro-Bonds als „Schuldensozialismus“. Er zeigte sich erleichtert, dass die Euro-Zone nicht zur Transferunion verkomme und dass auch die Geldschleusen der Europäischen Zentralbank nicht geöffnet worden seien. „Dies ist ein Ver-

„Nicht den Bock zum Gärtner machen“

Finanzmärkten zu erkaufen, wäre so, als hätte man den Bock zum Gärtner gemacht“, sagte er. Nun sei es notwendig, den Briten zu sagen: „Ihr habt eine Verantwortung für Europa, also berappelt Euch und macht mit.“ Kauder erinnerte daran, dass es bei der Euro-Rettung um die Zukunftschancen von Hunderten Millionen Menschen in Europa gehe.

Merkel betonte, dass die Staatsschuldenkrise nicht über Nacht zu lösen sei. Den einen Befreiungsschlag gebe es nicht. In diesem Zusammenhang zeigte sie sich froh, dass der Gipfel auch nicht die Einführung von

dienst der Verhandlungsführung der Bundesregierung.“

Die Verwirklichung der Stabilitätsunion ist laut Merkel ein jahrelanger Prozess, der auch in Zukunft vor Rückschlägen nicht gefeit sei. Aber: „Wir wollen die Wende zum Guten schaffen“, sagte sie. Jedes EU-Land, das noch nicht Mitglied der Euro-Zone sei, könne sich dem neuen Vertrag anschließen. So bald wie möglich werde man versuchen, diesen zwischenstaatlichen Vertrag in europäisches Recht zu überführen.

Stabilität, Haushaltsdisziplin und Wachstum

Staats- und Regierungschefs des Euro-Raums schaffen Fiskalunion



Nicolas Sarkozy, Angela Merkel und José Manuel Barroso beim Gipfel

Foto: EU/Georges Boulououris

Bei der Tagung des Europäischen Rates am 9. Dezember ist den Staats- und Regierungschefs ein entscheidender Schritt zur Lösung der Euro-Schuldenkrise gelungen. Mit den Beschlüssen wird die Europäische Union zu einer Fiskalunion. Auch die Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten wird von nun an eng koordiniert.

Verschärfte Haushaltsregeln, Kontrolle und Sanktionen

Die Mitglieder des Euro-Raums verpflichten sich, in ihren nationalen Rechtsordnungen eine Vorschrift zur Haushaltsdisziplin einzuführen. Modell dafür ist die deutsche Schuldenbremse. Die Faustregel lautet: Die nationalen Haushalte müssen ausgeglichen sein. Das sind sie laut Definition dann, wenn das konjunkturberinigte Staatsdefizit 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht übersteigt.

Wer hiergegen verstößt, wird einem neuartigen Sanktionsverfahren unterworfen: Dabei überwacht die EU-Kommission dauerhaft die Einhaltung der neuen Haushaltsregeln. Bei Verstößen löst sie einen „automatischen Korrekturmechanismus“ aus. Die betroffenen Staaten müssen dann Programme zur Haushaltskonsolidierung oder zur Steigerung des Wachstums einleiten. Zudem soll der

Europäische Gerichtshof die Einhaltung der Schuldenbremse in den Nationalstaaten überwachen.

Ein strengerer Stabilitäts- und Wachstumspakt

Außerdem werden die bereits bestehenden Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts verschärft. Die Defizitgrenze von drei Prozent jährlicher Neuverschuldung gemessen am BIP bleibt bestehen. Die Sanktionierung von Verstößen wird erleichtert. Musste bisher der Ministerrat mit einer Zweidrittelmehrheit (qualifizierter Mehrheit) Sanktionen zustimmen, wird das Sanktionsverfahren künftig automatisch in Gang gesetzt.

Stellt die EU-Kommission ein Überschreiten der Defizitgrenze fest, leitet sie unmittelbar ein stufenweises Defizitverfahren ein – von verbindlichen Empfehlungen über konkrete Maßnahmen zum Defizitabbau bis hin zu Sanktionen in Form von Geldeinlagen oder Strafzahlungen. Verhindert werden kann dieser Ablauf nur, wenn der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit dagegen stimmt.

Verschärft wird auch das Schuldenkriterium: Überschreitet ein Mitgliedstaat die Gesamtschuldenquote von 60 Prozent des BIP, ist er künftig verpflichtet, jährlich ein Zwanzigstel des über dieser Grenze liegenden Teils seiner Schulden abzubauen.

Ein völkerrechtlicher Vertrag als Zwischenschritt

All dies soll in einem völkerrechtlichen Vertrag außerhalb der europäischen Verträge geregelt werden, ähnlich dem Schengen-Abkommen. Dieser Vertrag wird von den Mitgliedstaaten des Euro-Raums geschlossen, steht aber allen anderen Mitgliedern der EU offen. Mittel- bis langfristig sollen die Regeln dann in die EU-Verträge überführt werden.

Diese Vorgehensweise war aufgrund der Weigerung der britischen Regierung, den neuen Regeln zuzustimmen, erforderlich geworden. Die EU-Verträge können aber nur einstimmig geändert werden. Der nun geplante völkerrechtliche Vertrag hat außerdem den Vorteil, dass er in kürzerer Zeit – voraussichtlich bis März 2012 – ausgearbeitet werden kann. 26 der 27 EU-Mitgliedstaaten und damit weit mehr als die 17 Euro-Mitglieder wollen sich dem Vertrag anschließen.

Kurzfristige Maßnahmen für mehr Handlungsfähigkeit

Um mehr Handlungsfähigkeit in der akuten Euro-Schuldenkrise zu erlangen, haben sich die Staats- und Regierungschefs auch auf einige kurzfristige Maßnahmen geeinigt. So ist unter anderem geplant, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ein Jahr früher als ursprünglich geplant – also am 1. Juli 2012 – seine Arbeit aufnimmt.

Auch hier gibt es neue Entscheidungsmodalitäten im Vergleich zum bislang geltenden Rettungsschirm EFSF: Will ein Euro-Land Hilfen aus dem ESM in Anspruch nehmen, muss eine Mehrheit von 85 Prozent der Euro-Mitglieder dem zustimmen. Das Stimmrecht richtet sich nach den EZB-Anteilen. Damit haben Deutschland, Frankreich und Italien faktisch ein Vetorecht gegen die Vergabe von Hilfen.

Die Weichen für den Abzug aus Afghanistan sind gestellt

Regierungserklärung zur Verlängerung des Bundeswehr-Mandats im Bundestag – Truppenobergrenze wird gesenkt

Die Weichen für den Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan sind gestellt. Diese Auffassung vertrat Außenminister Guido Westerwelle in seiner Regierungserklärung zur Verlängerung des Bundeswehr-Mandats für Afghanistan am vergangenen Donnerstag im Bundestag. Er beteuerte allerdings, dass die Staatengemeinschaft das Land auch nach dem für 2014 vorgesehenen Ende des internationalen Kampfeinsatzes unter Leitung der NATO nicht im Stich lassen werde. Der Bundestag wird das ISAF-Mandat voraussichtlich im Januar erneut um ein Jahr verlängern. Damit verbunden ist die Reduzierung der Truppenobergrenze von derzeit 5.350 Soldaten auf 4.900.

Afghanistan stehe besser da als vor einem Jahr und erst recht besser als vor zehn Jahren, sagte Westerwelle. Dies sei auch das Verdienst deutscher Soldaten und Diplomaten. Insgesamt böten aber Korruption, Verletzungen der Menschenrechte und die Sicherheitslage immer noch Anlass zur Sorge. „Wir haben manches erreicht, aber dennoch sind wir vor Rückschlägen nicht gefeit“, unterstrich Westerwelle.

Schwerpunktverlagerung hin zum „politischen Prozess“

Andreas Schockenhoff, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU stellte heraus, dass nach zehn Jahren Einsatz die Zahl der Soldaten erstmals reduziert werde. Er dankte den Soldaten und zivilen Helfern für ihren gefährlichen Einsatz. Im Jahr 2010 habe die internationale Gemeinschaft einen Strategiewechsel beschlossen, wonach die Sicherheitsverantwortung bis Ende 2014 schrittweise an afghanische Kräfte übergeben wird. Ohne Zweifel sei man noch nicht am gewünschten Ziel angekommen, aber die Zahl der Anschläge und Gefechte sei im Jahr 2011 erstmals zurückgegangen. Der Aufbau der afghanischen Armee- und Polizeikräfte verlaufe nach Plan, betonte der Außenpolitiker. Insgesamt verschiebe sich der Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten von der „militärischen Komponente zum politischen Prozess“.

Für Verteidigungsminister Thomas de Maizière ist das beste Zeichen des Respekts und der Anerkennung für

die deutschen Soldaten eine möglichst breite Zustimmung des Bundestages zur Verlängerung des Einsatzes. De Maizière erläuterte das neue Mandat: Es sieht vor, dass ab Februar die Obergrenze um 450 auf 4.900 Soldaten gesenkt werden soll. Innerhalb von zwölf Monaten solle die Truppenstärke weiter auf 4.400 Mann verringert werden, wenn es die Lage zulasse. Mit der Mandatsverlängerung werde der Prozess der „Übergabe in Verantwortung“ fortgeführt.



Bundeswehr-Einsatz im Norden Afghanistans
Quelle: Bundeswehr/Schreiner/ flickr.com (CC BY-ND 2.0)

Afghanistan-Konferenz

Zehn Jahre nach der ersten Bonner Afghanistan-Konferenz trafen sich am 5. Dezember 2011 erneut Vertreter aus 85 Staaten und 15 internationalen Organisationen auf dem Petersberg, um über die Zukunft Afghanistans nach dem Abzug der internationalen Truppen Ende 2014 zu verhandeln. Gastgeber war die deutsche Bundesregierung; geleitet wurde die Konferenz vom afghanischen Präsidenten Hamid Karzai.

Zwei zentrale Botschaften gingen von der Konferenz aus: Eine rein militärische Lösung für Afghanistan gibt es nicht. Und: Die internationale Gemeinschaft lässt Afghanistan nicht im Stich. Sie wird Afghanistan bei der Lösung der politischen Probleme und der weiteren Entwicklung auch über 2014 hinaus unterstützen – in einer sogenannten Transformationsdekade von 2014 bis 2024.

Der weitere Entwicklungsprozess beruht auf einem „gegenseitigen Versprechen“ zwischen afghanischer Regierung und internationaler Staatengemeinschaft, wie das Schlussdokument der Konferenz festhält. Afghanistan bekennt sich dazu, seine Bemühungen für Sicherheit, für gute Regierungsführung, für Demokratie und zur Bekämpfung der Korruption zu verstärken. Die internationale Gemeinschaft ist im Gegenzug bereit, dem Land auch nach dem Abzug der kämpfenden Truppen 2014 personell und finanziell beizustehen.

Die internationale Staatengemeinschaft engagiert sich seit 2001 mit der NATO-geführten ISAF-Mission (International Security Assistance Force), an der sich auch die Bundeswehr beteiligt, für Sicherheit und Frieden in Afghanistan. Anfang 2010 hatte die internationale Gemeinschaft in London beschlossen, dass die Sicherheitsverantwortung für Afghanistan schrittweise an die afghanische Regierung übergeben werden soll. Die internationalen Truppen sollen bis Ende 2014 abgezogen werden.

Fahrplan für den Klimaschutz

Weltgemeinschaft verständigt sich in Durban auf Weg zu einem globalen Abkommen

Wer sich vor dem Weltklimagipfel in Durban gefragt hatte, ob solche Mammutveranstaltungen mit Teilnehmern aus mehr als 190 Ländern überhaupt noch Erfolge erzielen können, wurde eines Besseren belehrt. Am Ende der längsten Konferenz in der Geschichte der Klimaverhandlungen, die sich über zwei Wochen zog, stand immerhin ein Fahrplan für ein globales Klimaschutzabkommen. Es soll spätestens 2015 verabschiedet und nach 2020 rechtsverbindlich in Kraft treten. Teil der deutschen Delegation bei den Verhandlungen waren neben Bundesumweltminister Norbert Röttgen die Bundestagsabgeordneten Thomas Gebhart (CDU) und Josef Göppel (CSU).

Bereits im Vorfeld zeichnete sich aufgrund divergierender nationaler Interessen ab, dass in Südafrika kein rechtsverbindliches Klimaschutzabkommen geschlossen werden würde. Die USA und China, die Hauptemittenten von Treibhausgasemissionen, und andere Schwellenländer ließen schon im Vorfeld erkennen, dass ein großer Wurf mit ihnen nicht zu machen sei.

Das Ziel war deshalb, zumindest einen Fahrplan für ein solches Abkommen zu beschließen. Und das ist gelungen: Nach hartem Ringen und mit Hilfe neuer Allianzen wurde ein Prozess angestoßen, der bis 2015 in ein neues Klimaschutzabkommen münden soll. Dieses Abkommen soll Mengenbegrenzungen für den Treibhausgasausstoß für alle Teilnehmerstaaten – ohne Ausnahme – festlegen und 2020 in Kraft treten.

Kyoto-Protokoll wird verlängert

Zudem wurde das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll verlängert. Bereits heute gehen Deutschland, die EU und andere Staaten konkrete Minderungsverpflichtungen bei den Treibhausgasemissionen ein. Diese

Verpflichtungen werden fortgeführt. Es gibt deshalb bis 2020 keinen Stillstand bei den greifbaren Treibhausgas-Emissionsminderungen.

Mit Mitteln aus einem Klimaschutzfonds sollen Entwicklungsländer dabei unterstützt werden, ihre Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel voranzutreiben. Dieser Fonds soll ab 2020 rund 100 Milliarden Euro bereitstellen, um die Folgen der Erderwärmung abzumildern. Bundesumweltminister Röttgen hat angeboten, den Klimaschutzfonds in Deutschland anzusiedeln. Dies würde die Glaubwürdigkeit Deutschlands in der Klimaschutzpolitik untermauern.

Dass es zu diesen messbaren Ergebnissen gekommen ist, dazu hat in hohem Maße Bundesumweltminister

Deutschland im Klimaschutz beispielhaft

Der deutsche Beitrag zum Klimaschutz wird als enorm wichtig angesehen. Bei allen Treffen mit anderen Delegationen war großer Respekt vor der deutschen Leistung zu spüren: Fast 20 Prozent beträgt der Anteil der erneuerbaren Energien an unserer Stromversorgung. Die Welt schaut auf Deutschland und will wissen, wie hierzulande der Umbau der Energieversorgung vonstatten geht. Klar ist dabei: „Je besser der deutsche Umbau gelingt, desto attraktiver wird der Weg für andere, auch weil sie erkennen, dass sich daraus wirtschaftliche Chancen ergeben können“, sagte der Unionsabgeordnete Thomas Gebhart.



Norbert Röttgen, Thomas Gebhart und Josef Göppel bei einer Besprechung in Durban © Foto: Thomas Gebhart

Röttgen beigetragen. Entscheidend für den Ausgang der Konferenz war die Strategie der EU – unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands –, eine Allianz mit den afrikanischen Staaten, den Inselstaaten und den am wenigsten entwickelten Ländern zu schließen. Dies hat den Druck auf die „Bremser-Staaten“ USA, Indien und China enorm erhöht und schlussendlich zu dem oben beschriebenen Ergebnis geführt.

Beispielhaft zeigte dies auch ein Treffen der deutschen Delegation mit Abgeordneten aus Uruguay. Josef Göppel fragte die Delegationsmitglieder, welche Unterstützung für sie wichtig wäre. Die Antwort kam prompt: Technik aus Deutschland. Der Schlüssel für mehr Klimaschutz liegt deshalb in Innovationen im Bereich der Effizienztechnologien und den erneuerbaren Energien.

Das Modell der „gelenkten Demokratie“ vor dem Aus

Die Bürger Russlands fordern politische Rechte

Die friedlichen Demonstrationen in Moskau und weiteren Städten Russlands nach den Duma-Wahlen haben nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schockenhoff, das Land nachhaltig verändert. Das Modell einer „gelenkten Demokratie“ wird von den Bürgern Russlands nicht länger hingenommen.

Die Menschen in Russland haben erkannt, dass der geplante Ämtertausch zwischen den „Tandem“-Partnern Ministerpräsident Wladimir Putin und Präsident Dmitri Medwedew nicht Stabilität bedeutet, sondern Stagnation, erklärte Schockenhoff. Bisher schien die Gesellschaft Reformen mehr zu fürchten als eine neue

Ära der Stagnation wie zu Sowjetzeiten unter Leonid Breschnew. Die Massenproteste haben jedoch gezeigt, dass viele Menschen nach zwölf Jahren unter dem „System Putin“ mehr wollen als die Beibehaltung des Status quo. Sie wollen nach Ansicht des Unions-Außenpolitikers nicht nur individuelle Freiheiten, sondern vor allem politische Rechte – demokratische Mitsprache, politischen Wettbewerb und Transparenz.

Angst vor dem Kreml überwunden

Die Proteste waren ein Sieg der Menschen über die Angst vor dem Kreml und eine Überwindung der politischen Apathie. Sie haben uns eine

neue Generation von Russen gezeigt, junge Menschen, eine wachsende Mittelklasse, die wir stärker wahrnehmen müssen, erklärte Schockenhoff weiter.

Diese Menschen sind demokratisch, aktiv und gut vernetzt – genau das, was Russland für seine Modernisierung braucht. Diese „Mutbürger“ sind keine Verräter oder Gegner des Staates, sondern wichtige Partner bei den nötigen Reformen. Mit ihnen muss der Staat eine Modernisierungspartnerschaft aufbauen. Die glaubwürdige Überprüfung der Wahlergebnisse vom 4. Dezember und die Bestrafung derer, die Manipulationen zu verantworten haben, wären ein erster Schritt zu einer Öffnung des Regimes.

Die Fraktion im Plenum

Rahmenbedingungen für Mediation werden gestärkt

Bundestag verabschiedet Gesetz zur Förderung außergerichtlicher Konfliktbeilegung

Mediation ist ein wichtiger Beitrag zu einer neuen Streitkultur in Deutschland. Mit Hilfe von Mediatoren können Parteien ihre Konflikte freiwillig in gegenseitigem Einvernehmen lösen. Sie ersparen sich zeit- und kostenintensive sowie nervenzehrende Gerichtsverfahren. Mediation entlastet auch die staatlichen Gerichte.

Das am vergangenen Donnerstag vom Bundestag verabschiedete Gesetz sieht ein Bündel von Maßnahmen vor. So wird die Rolle des Mediators als unabhängiger und neutraler Mittler, der zur Verschwiegenheit verpflichtet ist, erstmals gesetzlich geregelt. Zudem soll künftig in jeder Klageschrift angegeben werden, ob zuvor eine Mediation oder ein sonstiger außergerichtlicher Einigungsversuch unternommen wurde.

Auf Initiative der Union werden ferner gesetzliche Standards für die Aus- und Fortbildung von Mediatoren im Gesetz verankert. Wer als zertifizierter Mediator auftreten will, muss

künftig eine qualifizierte Ausbildung mit einer bestimmten Mindeststundenzahl absolvieren. Später muss er an Fortbildungen teilnehmen und eine kontinuierliche Bearbeitung von praktischen Mediationsfällen nachweisen. Davon profitieren Verbraucher und Rechtsschutzversicherer.

Schließlich verbessert das Gesetz die Bedingungen für die gütliche Beendi-

gung von Gerichtsverfahren. Künftig sollen alle Rechtsstreitigkeiten, die bereits vor Gericht ausgetragen werden, ohne zusätzliche Kosten für die Parteien an einen sogenannten Güterichter verwiesen werden können. Dieser hat keine Entscheidungsbefugnis, sondern sucht ausschließlich nach Möglichkeiten für eine einvernehmliche Lösung.



© endostock - Fotolia.com

Der demographische Wandel – eine Jahrundertausforderung

Kongress der Unionsfraktion – Jedes Lebensalter in Würde gestalten

Bis zum Jahr 2060 wird die Bevölkerung in Deutschland auf 65 Millionen Menschen schrumpfen; jeder Dritte wird dann über 65 Jahre alt sein. Der demographische Wandel führt zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, deren Gestaltung eine legislaturübergreifende Aufgabe sein wird. Über die „Jahrundertausforderung“ des demographischen Wandels diskutierten Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft vergangene Woche auf einem Kongress im Reichstag, zu dem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingeladen hatte.

Professor Andreas Kruse vom Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg und Vorsitzender der 6. Altenberichtscommission der Bundesregierung verwies auf die Potenziale des fortgeschrittenen Alters am Beispiel von Johann Sebastian Bach, der gerade in seiner letzten Lebensphase über eine große Schaffenskraft verfügte. Kruse betonte, es entspreche dem christlichen Verständnis, die Würde des Menschen in jeder Lebensphase und gerade im Alter zum Ausgangspunkt politischer Betrachtungen zu machen. Zum Problem der niedrigen Geburtenrate in Deutschland merk-

haben, komme der Integrationspolitik von Bund, Ländern und Kommunen eine zunehmend wichtige Aufgabe zu, sagte die Ministerin. Ihre eigene Erfahrung habe ihr gezeigt, dass die deutsche Sprache und die aktive Teilnahme in der Gesellschaft entscheidend für eine erfolgreiche Integration seien. Als Kind mit Migrationshintergrund habe sie schon ab dem vierten Lebensjahr den Kindergarten besucht. Ohne diese Förderung und die Unterstützung ihrer Eltern hätte sie vermutlich nicht den Lebensweg beschreiten können, den sie gewählt habe. Die frühkindliche Bildung müsse also im Fokus der Politik stehen, wenn Integration erfolgreich sein solle, schlussfolgerte Aygül Özkan. Auf die Kinder mit Migrationshintergrund könne die Gesellschaft schon allein vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels nicht verzichten.



Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, Unionsfraktionsvize Günter Krings und die niedersächsische Integrations- und Sozialministerin Aygül Özkan

Foto: Steven Rösler

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich stellte Erkenntnisse aus einem Ende Oktober vorgelegten Demographiebericht dar: Die Menschen werden immer gesünder älter, die Geburtenrate ist nur langfristig zu beeinflussen, und Zuwanderung ist kein Allheilmittel, um den Rückgang der Bevölkerung auszugleichen. Er präsentierte erste Überlegungen der ressortübergreifenden Demographiestrategie der Bundesregierung, die im Frühjahr 2012 verabschiedet werden soll. Ziel soll die Förderung von Wachstums- und Wettbewerbsperspektiven bei Wahrung der sozialen Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sein.

te er an, dass gerade Zeitprobleme Paare daran hinderten, mehr Kinder zu bekommen. Die ältere Generation jedoch habe Zeitressourcen, die sie gerne für ihre eigenen, aber möglicherweise auch für fremde Enkel einsetzen würde.

Frühkindliche Bildung im Fokus

Die niedersächsische Integrations- und Sozialministerin Aygül Özkan widmete sich dem Aspekt der Integration von Migranten. Angesichts der Tatsache, dass bei den jüngsten Geburtsjahrgängen bereits 30 Prozent der Kinder, in Städten sogar 40 Prozent einen Migrationshintergrund

Erfahrungen Älterer nutzen

In der Podiumsdiskussion zu den Chancen Älterer am Arbeitsmarkt betonten die Teilnehmer die Bedeutung von Fort- und Weiterbildung. Es sei zentral, diese Förderung allen Berufsgruppen und nicht nur Akademikern zugute kommen zu lassen. Der Personalchef des BMW-Werkes Leipzig, Jens Gerhardt, berichtete von den positiven Erfahrungen, die sein Unternehmen mit der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer gemacht habe: Das Erfahrungswissen und Pflichtbewusstsein älterer Beschäftigter sei ein wesentlicher Faktor für die Erfolge des Produktionsstandortes in Sachsen.

Übereinstimmung herrschte bei vielen Beteiligten in der Ansicht, dass die Chancen, die mit der höheren Lebenserwartung verbunden sind, genutzt werden sollten. Der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder mahnte, eine alternde Gesellschaft dürfe nicht statisch werden, sondern müsse sich ihre Dynamik und die Freude an der Innovation erhalten.

Kauft deutsche Staatsanleihen!

Abgeordnete geben Geschenktipps für Weihnachten – Karotten-Ingwer-Suppe und Orangen-Tiramisu auf dem Fest-Menü

Und wieder steht Weihnachten vor der Tür. Nach einem parlamentarischen Jahr, das von einschneidenden Ereignissen und nicht immer leichten Entscheidungen geprägt war, kommt nun die Zeit der Besinnlichkeit. Endlich können die Abgeordneten sich den entspannenden Dingen des Lebens zuwenden: der Vorbereitung des Weihnachtsfests und der Auswahl von Geschenken für Familie und Freunde. Für die letzte Ausgabe von „Fraktion direkt“ in diesem Jahr haben einige uns verraten, womit sie ihren Lieben Freude bereiten wollen und welche Geschenke sie auch anderen empfehlen.

Der Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, liegt die Kultur am Herzen. „Ich werde in diesem Jahr meinem Mann zu Weihnachten ein Theater-Abonnement schenken – verbunden mit dem Wunsch, dass es die parlamentarische Arbeit in Berlin zulässt, einige gemeinsame Theaterabende in München zu erleben“, erzählt sie „Fraktion direkt“.

Abschiedsbriefe für die Nachwelt gerettet

Die Parlamentarische Geschäftsführerin Michaela Noll hat sich vor ein paar Jahren ein besonderes Geschenk für Mutter und Großmutter ausgedacht, das eine Anregung auch für andere sein könnte. „Mein Großvater hatte für den Fall, dass er aus dem Krieg nicht zurückkehren würde, Abschiedsbriefe an seine Frau und Tochter geschrieben. Diese Briefe waren in Sütterlin abgefasst. Mit den Jahren waren die Briefe vergilbt und das Papier brüchig geworden. Sie drohten, der Nachwelt für immer verloren zu

gehen. Ich habe deshalb besonders wertvolles Papier besorgt und die Briefe abschreiben lassen. An Heiligabend habe ich diese Kostbarkeiten meiner Großmutter und meiner Mutter überreicht. Sie waren zutiefst berührt“, erzählt Michaela Noll. „Gerade an den Feiertagen erinnern wir uns gerne an diejenigen, die nicht mehr unter uns sind“, sagt sie. „Vielleicht gibt es ja auch in Ihrer Familie ganz persönliche Schätze, die diese Erinnerungen lebendig machen.“



Foto: Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Kulinarische Tipps haben der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller, und die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Tourismus, Marlene Mortler. Stefan Müller bekennt sich dazu, dass er gerne kocht und deshalb auch in der Familie die Zuständigkeit für das Weihnachtsmenü übernimmt. In diesem Jahr serviert er Karotten-Ingwer-Suppe, Rinderfilet Wellington und Orangen-Tiramisu. Im Gegenzug würde er sich allerdings darüber freuen, wenn er ein neues Kochbuch geschenkt bekäme, verrät Stefan Müller. Marlene Mortler schwört auf Lebkuchen aus der Landbäckerei Gottschalk in Nuschelberg bei Lauf an der Pegnitz. „Die Lebkuchen werden dort

mit viel Liebe und guter Butter zubereitet“, sagt sie. Die Lebkuchen verschenkt sie nicht nur ihren Freunden daheim, sondern bringt sie auch als Gruß aus ihrer Heimat in Berlin unter die Leute.

Die familienpolitische Sprecherin Dorothee Bär verschenkt zu Weihnachten am liebsten Bücher. „Kinder sind ganz verrückt nach phantasievollen Geschichten – zum Beispiel die um das Sams von Paul Maar. Meiner Tochter könnte ich jeden Abend daraus vorlesen. Ein Geschenk, das den Erwachsenen gemütliche Winterabende garantiert, ist ein spannender Krimi zusammen mit einem fränkischen Wein“, meint Dorothee Bär.

Kalender für den guten Zweck

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, will mit seinem Geschenk nicht nur Freude bereiten, sondern auch einen guten Zweck verfolgen. Er empfiehlt den „Freiburger Münsterkalender 2012“ mit

neu aufgenommenen Fotografien von Achim Käflein, die die Architektur und Kunstwerke der gotischen Kathedrale auf besondere Weise erschließen. Ein Teil des Verkaufserlöses kommt dem Freiburger Münsterbauverein und somit der Erhaltung des Münsterturmes zugute.

Einen besonderen Geschenktipp, der in gewisser Weise ebenfalls einem guten Zweck dient, hat der haushaltspolitische Sprecher Norbert Barthle parat. Er empfiehlt den Kauf deutscher Staatsanleihen: auf dass uns die Ratingagenturen ein für alle Mal in Ruhe lassen!

Zahl der Verkehrstoten steigt um sieben Prozent

Wiesbaden – Erstmals seit 20 Jahren steigt die Zahl der Verkehrstoten wieder. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes, die auf Eckdaten von Januar bis Oktober 2011 basieren, wird sich die Zahl der Verkehrstoten in diesem Jahr auf etwa 3.900 Menschen erhöhen. Das wären rund sieben Prozent mehr Todesopfer als im Jahr 2010. Damit hätte der Straßenverkehr in diesem Jahr durchschnittlich elf Menschen pro Tag das Leben gekostet. 2010, dem Jahr mit der bisher niedrigsten Zahl an Todesopfern, starben im Durchschnitt zehn Menschen pro Tag. Auch bei den Verletzten ist in diesem Jahr eine Zunahme um etwa fünf Prozent auf 389.000 zu erwarten.

Die Gesamtzahl der polizeilich erfassten Unfälle wird bis Jahresende voraussichtlich um mehr als zwei Prozent auf rund 2,35 Millionen sinken. Während die Zahl der Unfälle, bei denen Personen verletzt oder getötet wurden, um rund fünf Prozent auf 303.000 zunehmen dürfte, werden die Unfälle mit ausschließlich Sachschaden schätzungsweise um gut drei Prozent auf 2,05 Millionen abnehmen.

Insgesamt zeichnet sich ab, dass die Zahl der Getöteten auf Autobahnen in diesem Jahr weiter zurückgeht, während sie auf den übrigen Straßen steigen wird. Auch die Zahl der Jugendlichen im Alter von 15 bis 17 Jahren sowie der älteren Menschen über 65, die im Straßenverkehr zu Tode kamen, wird voraussichtlich steigen. Bei den Kindern unter 15 Jahren ist dagegen im Jahr 2011 wieder ein Rückgang zu erwarten. Erneut kommen voraussichtlich wesentlich mehr Menschen als Fußgänger oder auf einem Motorrad ums Leben als im Vorjahr.



Europäische Weihnachtsidylle im Hause Merkozy

Zeichnung: Sakurai

„Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine (veranstaltungen.cducusu.de)

- | | |
|-----------------|---|
| 17. Januar 2012 | Neujahrsempfang für die Mitglieder der Koalitionsfraktionen |
| 18. Januar 2012 | Energiepolitischer Dialog – Energieeffizienz |
| 6. Februar 2012 | Kongress Rohstoffspekulationen |
| 8. Februar 2012 | Kongress Weltbevölkerung |

Zugewanderte: Im Schnitt seit 21 Jahren in Deutschland

Wiesbaden – 10,6 Millionen Migranten lebten im Jahr 2010 in Deutschland – diese waren im Durchschnitt vor 21 Jahren zugewandert. Wie das Statistische Bundesamt anlässlich des Internationalen Tages der Migranten am 18. Dezember mitteilte, war die

Türkei mit 1,5 Millionen Zuwanderern das wichtigste Herkunftsland. Darauf folgten Polen (1,1 Millionen Personen) und die Russische Föderation (1,0 Millionen Personen). Fast die Hälfte der Migranten (47 Prozent) hatte 2010 die deutsche Staatsbürgerschaft.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
 Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt